

Nebrer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 1.10 RM.

Schriftleitung: Wihl. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Franz Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 21. — Postkassentonto: Leipzig Nr. 28332

Anzeigenkosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile in Metallmetall 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtpostsparkasse Nebra — Bankverein Atern.

Nr 27

Sonnabend, den 2. März 1929

42. Jahrgang

Es geht um die Jahresabgaben. Rätseln um Dr. Schacht.

Paris, 28. Februar.
Trotzdem die Verhandlungen der Unterkommissionen der Young-Kommission geheim vor sich gehen, kann doch kein Zweifel mehr daran bestehen, daß man in die Frage der Höhe der Jahresabgaben gekommen ist. Die ausländische Presse berichte über verschiedene Vorschläge und Zweifelndisse, doch beziehen die Nachrichten, wie von französischer Seite amtlich mitgeteilt wird, auf Vermutungen.

Was die Frage des Transfers anbetrifft, so scheint hier ein neuer Vorstoß aufgetaucht zu sein. Ein amerikanisches Blatt hatte den Gedanken der Einziehung eines „Clearing House“ einer Verzinsung als es, für die deutschen Zahlungen vorgeschlagen. Man glaubt, daß auch das Sachverständigenkomitee sich mit einem solchen Vorschlag beschäftigen wird. Die Verrechnungsstelle soll die Verpflichtungen in Verwaltung nehmen und die verschiedenen Gläubigerstaaten nach einem nach zu entwerfenden Plan überweisen. Aber wie schon betont, legen die Alliierten das Schwergewicht jetzt auf die Höhe der Jahresabgaben und drängen Dr. Schacht, Vorschläge zu machen. Ob solche Vorschläge tatsächlich erst folgt sind, ist nicht wahrscheinlich.

Änderung der Reichsverfassung.

Volksparteiliche Anträge im Reichstag.

Berlin, 1. März.
Der Reichstag nahm gestern nach längerer Debatte eine Entschließung des Ausschusses an, wonach er bringende Maßnahmen zum Schutze linderreicher Familien für erforderlich hält. Die in einem ursprünglichen formunfähigen Antrag enthaltenen beschleunigenden Bestimmungen sollen geprüft und in entsprechenden Gesetzentwürfen vorbereitet werden.

Ein weiterer Antrag, wonach die Reichsbaubehörden die in ihren Umzügen weitgehende Fremdenverweisung gewähren soll, wurde ebenfalls angenommen.

Es folgte die erste Beratung des von der Deutschen Volkspartei eingebrachten Gesetzentwurfes zur Änderung der Reichsverfassung. Danach soll für einen Zeitraum von vier Jahren die Regierung oder einen Minister eine Zweidrittelmehrheit des Reichstages notwendig sein. Nur in Verbindung mit der Schlußabstimmung über den Etat soll eine einstimmige Entscheidung. Daneben soll bestimmt werden, daß der Reichstag Ausgaben über den Etat hinaus nur mit Zustimmung der Reichsregierung und des Reichsrats bewilligen kann. Wenn im Laufe eines Wirtschaftsjahres die Steuererträge den Vorauszahlungen um 10 Prozent überliegen, soll der Reichstag zur Verminderung des Aufwandes und zur Steuererhöhung herangezogen werden. Die Grundzüge sollen sinngemäß auch bei den Ländern und Gemeinden Anwendung finden.

Abgeordneter Dr. Japp (D. Wp.) begründete den Antrag und wies auf die großen Ausgabenveränderungen der letzten Jahre und auf die immer langsamere Erhebung parlamentarischer Aktien. Der im März gewählte Reichstag sei bis zur Stunde nicht fähig gewesen, eine Regierung zu bilden, der Etat für das neue Jahr sei noch nicht vorgelegt. Der Redner betonte die Notwendigkeit einer Veränderung des Wahlrechts. Der Redner erklärte zum Schluß, daß es seiner Partei mit ihren Anträgen durchaus ernst sei.

Ein Zumut.

Nach der Rede des Abgeordneten Japp kam es zu einem tumultuariösen Zwischenfall. Der kommunistische Abgeordnete Zorge forderte erneut den Abbruch der Sitzung, da der Präsident für heute eine neue Sitzung verprochen habe. Präsident Lohne erwiderte, der Abgeordnete Zorge habe, wie immer, die Rechte unrichtig dargestellt. Darauf erhob sich bei den Kommunisten großer Lärm. Es erklangen Rufe: „Sie werden immer unverschämter!“ Präsident Lohne forderte die Abgeordneten Zange und Schäfer, die an diesen Äußerungen besonders beteiligt waren, auf, den Saal zu verlassen. Laut schimpfend verließen schließlich die beiden Abgeordneten auf eine normalerweise Aufforderung des Präsidenten hin den Saal. Der Präsident stellte nun fest, daß der Abgeordnete Dr. Weid (Wirtsch. P.) sich abgeben habe, nach dessen zu hören, nicht zu verzeihen müßte, und daß deshalb die Sitzung noch bis 5 Uhr ausgedehnt werden solle.

Abgeordneter Dr. Weid (Wirtsch. P.) erkannte die Reformbedürftigkeit des jetzigen Systems an, bewies sie aber, daß der Antrag der Deutschen Volkspartei geeignet sei, die Mängel zu beseitigen. Die Schuld an dem Regierungssystem liege bei den Fraktionen, die mehr Verantwortungsgesühl bemerken müßten. (Abgeordneter Dr. Japp: Ihre Partei hat sich stets der Verantwortung entzogen!) Wir sind niemals ernstlich zum Eintritt in die Regierung aufgefordert worden, aber wir laßen der Regierung auf nicht nach wie die Deutsche Volkspartei.

Darauf wurde die Beratung abgebrochen. Das Haus vertagte sich auf Freitag 1 Uhr. Später der älteren Angehörigen, Fortsetzung der Aussprache.

Abgeordneter Lammer legt sein Mandat nieder. Wegen der Gesamtentwicklung des deutschen Parlamentarismus.

Berlin, 1. März.
Die „Germania“, das Organ der Zentrumspartei, veröffentlichte gestern abend folgende Zuschrift des Zentrumsgewählten Lammer:
„Der Zentrumsgewählte Clemens Lammer hat sein Reichstagsmandat niedergelegt. Das entsprechende Schreiben an den Reichstagspräsidenten hat folgenden Wortlaut:
„Grundtätigste Erwägungen wegen der Gesamtentwicklung des deutschen Parlamentarismus bestimmen mich, meine parlamentarische Tätigkeit aufzugeben. Demgemäß habe ich die Ehre, Ihnen, Abg. Präsident, hiermit, mein Aufschieden aus dem deutschen Reichstag mitzuteilen.“
Wie wir hören, ist der Lammer aus seinen sonstigen politischen und öffentlichen Ämtern ausgeschieden, insbesondere hat er seinen Sitz im Vorstand der Zentrumspartei und den Vorsitz im Enquete-Ausschuß niedergelegt.“

Schwebende Koalition.

Die Regierungsparteien beraten. — Das Zentrum hält sich abseits. — Geringe Aussichten.

Berlin, 1. März.
Gestern nachmittag um 5 Uhr traten die Vertreter der Sozialdemokraten, Demokraten, der Deutschen und der Bayerischen Volkspartei zu Beratungen zusammen, wie mit den volksparteilichen Finanzforderungen die Grundlage für die Große Koalition geschaffen werden könne. Das Zentrum nahm an dieser Sitzung nicht teil, was verständlich erscheinen dürfte.

Nach den Beschlüssen der Zentrumskommision wartet diese ab, bis zwischen den Regierungsparteien eine Einigung zustande gekommen ist, um dann erst über die Frage der Koalition zu entscheiden. Hinsichtlich der Ausschichten für die Koalition pessimistisch. Die Deutsche Volkspartei betont, daß ihre Bereitschaft zur Großen Koalition auf der von ihr vorgeschlagenen Grundlage nur bis zum Ablauf der Pariser Verhandlungen beschränkt sei und sie dann wieder freie Hand gewinne. Die Lage wird auch dadurch nicht hoffungsvoller, daß die Bayerische Volkspartei plant, ihre Beteiligung am Kabinett aufzugeben, wenn die von Hilferding geforderten Abstriche an den Länderanteilen durchgeführt werden. Es ist also nicht ausgeschlossen, daß Dr. Schäfer auch noch seinen Rücktritt erklären wird.

Keine Abschaffung des Eides.

Strafgesetzbuch als Warnungstafel.

Berlin, 28. Februar.
Im Strafrechtsausschuß des Reichstages wurde die Beratung über die Eidesbedelle fortgesetzt. Der Vorsitzende Professor Dr. Kahl, erklärte, in der bisherigen Aussprache sei ein grundlegender Punkt angerührt worden, daß nämlich das Strafgesetzbuch für das Volk als eine Warnungstafel wirken müsse. Die Vorlage des Justizministers könne aber keinen Eindruck auf das Substratum machen. Der Redner stellte fest, daß es nichts gegen die Abschaffung des Eides im Strafprozeß einzuwenden habe. Die Kommissar des Eides müßte abgeschafft werden. Es reiche aus, eine Bestimmung anzufügen, wonach willkürliche Unmündigkeiten bestraft werden, wobei als Grundstrafe die Zuchthausstrafe festzusetzen müsse.

Rechtsjustizminister Koch-Weser erklärte, daß er mit Rücksicht auf die schwerwiegenden Einwendungen der Landesregierungen, in deren Amt die Ausübung der Rechtspflege nun einmal liege, die Verantwortung für die vollständige Abschaffung des Eides nicht übernehmen könne.

Selbständiges Rentnergesetz undurchführbar.

Beschlüsse der Reichsregierung über das Bürgertum.

Berlin, 27. Februar.
In der Sitzung, in der die Reichsregierung die vom Reichsarbeitsminister mitgeteilte Stellung zur Young-Kommission beschlossen hatte, hatte sich das Reichskabinett auch mit den sozialpolitischen Beschlüssen beschäftigt, die der Reichstag am 19. Februar in der Kleinen Sitzung für die Reichsregierung beschlossen hatte. Die Reichsregierung war einmütig der Auffassung, daß die Reichstagsentscheidung, die ein selbständiges Rentnergesetz in Verbindung mit einem Gesetz über Inflationssteuern verlangt, undurchführbar sei.

Dagegen wird die Reichsregierung die vom sozialpolitischen Ausschuss einstimmig angenommen und vom Reichstag gebilligte, Entschiedenheit wegen Verweisung der Billorgeschäftsbekanntmachung an Günter der Kleinrentner durchzuführen. Dies entspricht auch der Regierungserklärung vom 3. Juli 1928.

Keine Erweiterung der Invalidenversicherung.

Aus dem sozialpolitischen Ausschuss.
Der sozialpolitische Ausschuss des Reichstages beschloß heute, Entschiedenheit wegen Verweisung der Erweiterung der Invalidenversicherung.
Reichsarbeitsminister Wiffel gab eine Erklärung ab, wonach die Regierung angehängt der wirtschaftlichen Entwicklung und unjener Tributbelastung nicht einmal

ine teilweise Durchführung dieser Anträge für möglich halte und daher bitte, von der Weiterverfolgung dieser Anträge zurzeit Abstand zu nehmen. Der Reichsarbeitsminister teilte aber in Aussicht, daß zu der Frage, wie viel Verdienste bei einer Herabsetzung der Invaliditätsgrenze von 200 auf 50 v. S. Anspruch auf Rente erhalten würden, noch eingehende Erhebungen angestellt werden sollen.

Rubelgeld für 60jährige arbeitslose Angestellte.

Beschluß des Sozialpolitischen Ausschusses.

Berlin, 1. März.
Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstages nahm am Donnerstag einen Jubiläumsgesetzentwurf an, wonach die arbeitslosen Angestellten, die das 60. Lebensjahr vollendet haben und seit mindestens einem Jahr ununterbrochen arbeitslos sind, als berufsuntfähig gelten und das Rubelgeld der Angestelltenversicherung erhalten sollen für die weitere Dauer der Arbeitslosigkeit erhalten sollen. Diese Regelung soll vom 1. März ab in Kraft treten und bis 1933 gelten.

Einstimmige Annahme fand weiter eine Verkürzung der Ruhezeit in der Angestelltenversicherung von 120 auf 60 Beitragsmonate. In einer Entschließung wird die Reichsregierung aufgefordert, baldigt einen Gesetzentwurf vorzulegen, der unter Berücksichtigung der weiter vorliegenden Anträge einen weiteren Ausbau der Angestelltenversicherung vorzieht.

Holland fordert neue Aufklärung.

Die englische Regierung will nichts mit dem Geheimpaß zu tun haben.

Berlin, 1. März.

Nach Meldungen aus Holland und Frankreich hat die holländische Regierung, von Belgien und Frankreich, die Generalkonferenz zu fordern. Die bisherigen Delegationen haben der Regierung im Haag in keiner Weise genügt.

Im englischen Unterhaus gab Unterstaatssekretär Campbell in Antwort auf die Anfrage des erkrankten Chamberlain eine Erklärung ab, daß das belgisch-französische Abkommen durch den Notenwechsel im Jahre 1920 bekannt sei. Das Ziel des Abkommens sei die Stärkung des Friedens. Zwischen Großbritannien und Belgien bestche, wie er auf das bestimmte erklären könne, kein militärisches Abkommen, auch hätte kein englischer Militärattaché mit Belgien jemals ähnliche Verhandlungen geführt. Außer dem Vocoano-Rentat bestche zwischen Großbritannien und Belgien kein Abkommen.

Diese entscheidende englische Erklärung wurde in Berliner Regierungskreisen zur Kenntnis genommen und als eine Erhärtung der Erklärung des englischen Außenministers betrachtet. Die Reichsregierung tut jedoch alles, um auf diplomatischem Wege die Schlichtung zu fördern. Der Regentin des Zepplin.

Der Lampion gab in der gleichen Unterhausführung, in der er zum Geheimpaß Stellung nahm, auch eine Erklärung ab über die Verweigerung der Erlaubnis zur Ueberfliegung von England durch den Zepplin. Der Unterstaatssekretär betonte inbezug lediglich, daß England zu verstehen gegeben habe, es werde die Erlaubnis nicht erteilen. Irgehwelche Gründe für diese sonderbare Haltung wurden nicht angegeben.

Hoersch bei Briand.

Erklärungen über den französisch-belgischen Militärvertrag.

Paris, 28. Februar.

Von amtlicher deutscher Stelle in Paris wird mitgeteilt: Der deutsche Botschafter v. Bock hat heute nach einer Sitzung, durch die Krankheit des französischen Außenministers bedingten Pause wieder eine Unterredung mit diesem über die schwedischen politischen Fragen. Bei dieser Unterhaltung wurden insbesondere die auf der kommenden Genfer Kartatagung zur Erörterung stehenden Probleme behandelt. Im Verlauf der Besprechung nahm Außenminister Briand Gelegenheit, Erklärungen über den kürzlich in einer holländischen Zeitung veröffentlichten Text eines französisch-belgischen Geheimabkommens abzugeben.

Tobacher und Landarbeiter.

Ministerialdirektor Eppler soll geladen werden. Die weiteren Berechnungen im Stettiner Prozeß brachten vor allem interessante neue Auslagen über die Zustände an den Gütern während des Landarbeiterstreiks im Juli 1920.

Nach den Ausführungen des Oberstaatsanwalts Schöb drohen die Landarbeiter damals in den Streik zu treten, falls die Hofbader nicht von den Gütern entlassen würden. Ein von Eppler entworfenes Vollkommenes begann dann die Hofbader zu entfallen. Deshalb seien auch die Rückzahlung der Hofbader erfolgt. Im weiteren Verlauf der Verhandlung stellte Rechtsanwalt Bloch den Antrag, den Breslauer Polizeipräsidenten Ernst und Minister

hertabrettor Dr. Spierer zu laden. Sie sollen befinden, daß unter ähnlichen Verhältnissen in Oberkasseln heimliche Beilegung von Beratern durch Regierungsstellen angeordnet worden sei.

Subventionen aus Paris.

Koettger klagt wegen Beilegung.

— Saarbrücken, 1. März.

In Saarbrücken fand die Verhandlung über eine Beilegungslage statt, die der bekannte Redakteur Koettger des parisischen Blattes „Die Menschheit“ wegen eines in der Saarbrücker Zeitung erschienenen Artikels des Berliner Journalisten Dr. Richard Wahr angekreuzt hatte.

In dem Artikel, der auch in zahlreichen reichsdeutschen Zeitungen erschienen war, wird der „Menschheit“ Spionage, Landesverrat und französische Unterhändler vorgeworfen. Koettger hatte aber bezeichnenderweise nur wegen des letzten Vorwurfs geklagt, da er sich wegen des Landesverrats als Pöpstlich nicht getroffen fühlte. Das Amtsgericht sprach den Angeklagten frei, weil die Neuerung, eine Zeitung werde vom Ausland unter den falschen Beilegungselbsterklärung, fernere wurde ausdrücklich festgestellt, daß Koettger in dem Artikel, der durch den Berliner Gegenartikel kritisiert wurde, tatsächlich landesverräterische und gemeingefährliche Versicherungen gemacht habe.

Aus dem In- und Auslande.

Wehrarbeitsabkommen im wiesbadener Verbotsgesetz vom 31. März gefündigt.

Gleimig, 28. Februar. Die Arbeitsgemeinschaft der Arbeitnehmerverbände im wiesbadener Verbotsgesetz hat in einem Schreiben an den Arbeitgeberverband den Wehrarbeitsabkommen-Schiedspruch vom 31. März dieses Jahres gefündigt.

Fürstenausschreibung im Thüringer Landtag angenommen.

Weimar, 28. Februar. Der Thüringer Landtag nahm die Schwarzbürg-Sonderhäuser und Schwarzbürg-Kuboldhäuser Fürstenausschreibung der Regierung mit 27 Stimmen der Rechtsparthei gegen 23 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten an. Zwischen dem Lande Thüringen und dem Fürstentum wurde ein verbindliches Schiedsgericht in Kraft, das über die bestehenden Streitigkeiten, Aufwertung der Renten und Regelung der Eigentumsverhältnisse, entscheiden soll.

Troß will in die Tischschloßerei.

Brug, 1. März. Wie städtische Blätter melden, hat Troß auf ein Telegramm der kommunistischen Opposition in Brinn geantwortet, er sei bereit, in die Tischschloßerei zu kommen. Er werde aber darauf hin, daß er zunächst die deutsche Entschädigung abwarten muß.

Artillerieakademie in Cecovia aufgelöst.

„Ein schlechter Geist.“

Paris, 28. Februar.

Wie aus Madrid gemeldet wird, unterzeichnete der König eine Verordnung, durch die die Artillerieakademie in Cecovia aufgelöst wird, weil an ihr in der letzten Zeit ein schlechter Geist herrsche, dessen Beispiel die Disziplin in der Armee beeinträchtigen könnte.

Die Schüler der Akademie, die seit 1926 an den Kursen teilnehmen, werden aus dem Heer ausgeschieden. Ihre Familien sollen für die zu erfüllenden Verbindlichkeiten gemüßigt werden. Die Schüler werden Zeugnisse erhalten, die es ihnen ermöglichen, die Universität zu besuchen.



Aus Spanien

Dienstklassen Artilleristen nach der Auffassung des Artillerieleiters don Primo de Rivera.

Polens Ministerpräsident in Danzig.

Inspanen im Rathaus.

Danzig, 28. Februar.

Anlässlich des Besuchs des polnischen Ministerpräsidenten fand im Rathaus ein festliches Bankett statt, in dessen Verlauf der Präsident des Danziger Senates, Dr. Sahm, die polnischen Gäste mit einer Ansprache begrüßte und erklärte, die freie Stadt Danzig sei ihr bewußt, welche wichtige Rolle sie im polnischen Wirtschaftsleben obliegt und sie sei bereit, diese Aufgabe zu erfüllen. Der polnische Ministerpräsident Bartel erklärte, in dem Programm der polnischen Regierung der freien Stadt Danzig gegenüber ließe an erster Stelle neben dem Bestreben nach enger Danzig-polnischer wirtschaftlicher Arbeitsgemeinschaft, die weitestgehende Wiedergewinnung der kulturellen Interessen der freien Stadt Danzig sowie das Verständnis für die Befriedigung der nationalen Eigenheit Danzigs.

Die Nullahs gegen Amanullah.

Sie erkennen Habibullah als König an.

London, 28. Februar.

Der in Kaba in Afghanistan lebende Königreich der afghanischen Briefsteller, der Allah, hat gestern Habibullah als König anerkannt. Er soll

ämtliche von Amanullah eingeführten europäischen Reformen abhassen und die Volkshülse in die Hände des neuen König, Truppen zum Kampf gegen Amanullah zu sammeln, um ihn aus dem Lande zu verjagen.

Von russischer Seite waren Verhandlungen über blutige Kämpfe zwischen den Truppen Habibullahs und Amanullahs verweigert worden. Die Verhandlungen entspringen nicht den Tatsachen, da Amanullahs Heer nicht kriegsbereit ist und er selber kaum die Möglichkeit für die ihm verbliebenen Reste aufbringen kann.

Wiederherstellung der Monarchie in China?

Die Rolle Tschangschungshangs.

London, 28. Februar.

Das Wiederherstellen des Generals Tschangschungshang in Schantung wird nach Peking Meldungen mit Bestrebungen auf Wiederherstellung der Monarchie in Verbindung gebracht. In Peking eingetroffene politische Flüchtlinge aus Dairen berichten, daß im Norden Chinas in aller Eile ein offizielles Rekrutierungsprogramm vorgenommen worden.

Der ehemalige Kaiser Puji ist nach wie vor in Tientsin und befreit keine Kenntnis von irgendeiner monarchistischen Bewegung.

Aus der Umgegend

Neuro, 2. März.

Vorsicht beim Betreten des Anfristes. Während der wenigen Tage wärmeren Wetters in der Vorwoche zeigte es sich, daß die Eisdecke der Luftstrat brüchig wird. Da wir jetzt täglich mit einem Wetterumschwung rechnen müssen, sei darauf hingewiesen, daß bei Nachlassen des Frostes das Betreten des Luftstrates Gefährlich ist, das Leben in sich birgt. Es seien daher alle, die sich gegen bis zur letzten Gefahrangrenze auf dem Eise tummeln, auf die mögliche Gefahr d. Einbrechens aufmerksam gemacht. Der Winter ist im Übermaß gewesen, so daß man diesen schaurigen Gefellen in Frieden abgeben lassen kann.

Erkältungen. Wegen der Kälte findet der Gottesdienst wieder im Gemeindesaal statt.

Verlekt ist ab 1. März Herr Justizinspektor Fehner vom Amtsrat Neuro an dem Amtsrat Plamburg a. S.

Cuppen-Ball. Schon den 1. und 2. — zwar nicht immer, denn dem jetzigen kalten Winter würde gewiß keine Ernte nachweisen, — aber der frohen Karnevalzeit wollen gar viele nicht die Hand zum Abschied reihen, denn sie war doch so schön. Und soch frohgestimmten Leute, die nur schwer sich in die erste Osterwoche zu begeben, sind diejenigen, die am nächsten Sonntag im „Ratsstapel“ noch rasch einen Cuppen-Ball veranstalten, ehe es für solch fröhliche Stunden zu spät wird. Wer frohstimmig und heitere Stimmung mitbringen, kann sich als Gast einstellen, er kann ja am Montag den „Cuppen“ ruhig wieder abtreiben.

Skatfreunde. Vergeht nicht, daß morgen im Schützenhause ein großer Wettspiel angelegt ist. Jedenfalls ist Skat spielen für alle Teilnehmer, weil der Spieler hierbei seine eigene Geschäftlichkeit auszuweisen in der Lage ist, während er bei Lotteriestellung ganz und gar kein Wort in die Hand hat. Die Beste schonen dem Wettspiel vorzuziehen. Gerade deswegen gewinnt man nie das große Los — auch diesmal haben wir alle wieder das falsche Los in den Händen.

Der Kreisverein wird, seiner Gemohnheit treu bleibend, auch in diesem Jahr einen Feiertagsabend veranstalten. Am 19. März spielt seine bekannte und beliebte Theatertruppe im „Preussischen Hof“ wieder ein Volksstück von Pfarrer Ludwig, „Am Dreierherrenstein“ betitelt. Es ist dem vor einigen Jahren gegebenen „Schneeglocke“ ebenfalls und wirkt durch Gesang und Volkstänze noch besonders unterhalten.

Stadt-Vischspiele. Kriminalfilme sind Ergänzungen der Filmkunst, die durch ihre Eigenart und die darin zur Entfaltung kommenden Ereignisse der Betrachterwelt das den Gang der Handlung aufmerksamer beobachtende Publikum zum Mitdenken ermuntern. Am Sonntag läuft wieder ein solcher 7. Ätte umfassender Film in unserer Kasse. — Außer diesem spannen Film werden zwei weitere Bildstreifen die Besucher fesseln, vor allem der letzte, der den Gang des immer mehr im Zunehmen befindlichen Vörsports zeigen wird.

Operettenfahrt nach Erfurt. Die Teilnehmer an der Operettenfahrt am morgigen Sonntag fahren vorm. mit dem fahrplanmäßigen Zuge 10.15 ab Neuro bis Artern, von wo der Sonberzug um 12.07 abfährt. Es sind reichlich Wagen besetzt, so daß jeder einen Sitzplatz erhält. Die Vorleistung beginnt erst um 15.30 Uhr, nicht 15 Uhr, wie im Programm bekanntgegeben wurde.

Die Nachzüge zu den Verzeichnissen der Poststrecken bei den Postämtern im Deutschen Reich nach dem Stande vom 1. Januar 1929 sind erschienen. Poststellungen nehmen alle Postanstalten entgegen, die auch über die Preise Auskunft erteilen. Der Nachzug des Postämtern Erfurt kostet 80 Pf. Poststreckenbestellen die Bücher zweckmäßig beim Postamt; sie können sich auch den regelmäßigen Bezug durch einmalige Bestellung sichern. Der Preis wird auf Wunsch vom Konto abgebucht.

Wie tief bringt der Frost in den Boden ein?

Die Anzahl für Pflanzenwachstum an der Universität Jena stellt mit den letzten Tagen wurde in verschiedenen Zusammenhängen über ein Eindringen des Frostes bis zu einem, ja sogar 1,50 Meter Tiefe (in Boden mehrere Meter) berichtet. Demgegenüber konnte in unserem Berichtedem Jena-Straßen bei einer schützenden Schneedecke von 10-15 Zentimeter ein Gefrieren des natürlich gelagerten Ackerbodens nur bis zu 45 Zentimeter festgestellt werden. Frosttiefen bis zu 1,50 Meter lassen sich nur erklären, daß dort, wo durch Barenheit und anderes mehr die Erde kurz vor oder zu Beginn des harten Winters aufgetaut worden ist, dem Frost ein leichteres Eindringen in den Boden ermöglicht wurde.

März.

Nach umgibt uns Schnee und Eis. Der Kalender sagt indessen, der März habe begonnen. Und dieser Monat gibt uns die Gemütsheit, daß Schnee und Eis und Kälte aufhören müssen. Die Natur dreht sich gleich, wenn sie auch Abnormitäten zeigt. Sie hat es immer so gehalten, daß im März die Sonne wärmer wird, Winde vom Süden kommen, der Winter also schwindet.

Mit dem 21. März nimmt außerdem der Frühling seinen offiziellen Anfang. Und weil wir nun einmal viele Menschenleben hindurch die Erfahrung haben, daß im März die ersten Winde bläuen, die Zugvögel zurückkehren, die Natur hat nun befohlen, zu haben mit allen Grund, auch in diesem Jahre an die Frühlingssonne zu glauben und rechnen, jeder Tag könne den Wetterumschwung bringen. Plötzlich

wird er kommen müssen, wenn der März alles verschwinden lassen soll, was sich an winterlicher Erfahrung anlangt. Am liebsten, angehängt hat. Zwar zeigt das Thermometer nicht sehr hoch, aber doch so, daß das Leben draußen neue Kraft erhält. Freilich gab es auch schon Zeiten, die den März in höchstem Sonnenlicht faunten. Aber mit solchen rechnen wir nicht. Wir denken an eine Bestimmung des Wetters, daran, daß langsam alles, alles anders wird. Deswegen waren wir zufrieden.

Was hängt mit dem März alles zusammen? Nicht nur, daß er die Überleitung von der Kälte zur Wärme bringt, daß er das neue Leben macht und die fröhlichen Bäume zurückbringt, er gibt auch auf die Menschen einen gewissen Zauber aus. Denn sie beginnen sich frühlingsmäßig zu lieben. Sie denken an die warmen Tage, die bevorstehen. Sie lösen sich aus den engen Wohnungen und beginnen wieder interessiert ihre Wanderungen im Freien. Sie legen den winterlichen Verantwaltungen Lebenswohl und bereiten sich auf Oftern vor. In diesem Jahre bringt uns der März in seinen letzten Tagen das Osterfest. Und Oftern ist das Fest der Auferstehung, das Fest, das uns wieder glauben läßt an eine schönere und bessere Welt, an die Schönheit der Natur, an die Allgewalt eines Höheren, der über Menschen und Tieren leitet und sandt.

Was soll gerade im Menschen, in den Tieren zur Märzzeit neues Leben? Doch, weil irgendwo in der Natur ein großes Wunder vor sich geht! Eine Gewalt, von der Erde ausgeht, bricht sich Bahn. März ist ein eigener Begriff, deshalb begrüßen wir ihn gerade in diesem Jahre. Was soll freizeiter Tage mit Freuden und mit der Hoffnung, die er nicht enttäuschen kann. Und das lehrt die alte Erfahrung, daß nach einem strengen Winter ein schöner Frühling kommt. März ist der Beginn des Frühlings. Er magte also uns enttäuschen für die Anzahl des strengen Winters, der uns so hartig überfiel und uns fast glauben ließ, das Mutter Erde eine andere geworden sei.

Großmengen. Am Sonntag brod auf der Luftstrat des Härtigen Schwand des Vörsports Gefallen aus Kleinwagen ein. Es war eine morsche und dünne Gschicht an der Stelle, während sonst das Eis 65 cm da ist. Nur ein alter Mann hörte die verzweifelten Hilfeleistungen des mit dem Tode ringenden Kindes. Er machte einen zufälligen Weges gemeinsamen Antriebs darauf aufmerklich. Es war der Schloßer Herr von Großenmengen. Im Gelam es unter eigener Lebensaufgabe das Kind zu retten und seinen Eltern zurückzugeben. Das hat er auch mit dem Anhaben in seiner Wohnung gemacht. Er hat sich wehrt. Doch nicht das Kind vom branden Mann!

Reinsdorf. Schnell tritt der Tod den Menschen an. Am Sonntag Abend hatte der auf diesem Winterat lästige landwirtschaftliche Arbeiter, der Winter Herr Ferdinand Würger, an einer Verarmung des hiesigen Gefangenen teilgenommen. Beim Nachhausegehen brach er kurz vor seiner Wohnung zusammen. Ein Gesundheitsrat hatte den Leben des 68jährigen Mannes ein jahres Ende bereitet: Er ruhe in Frieden!

Sangerhausen. Die landwirtschaftlichen Winterkassen in Wippa und Artern werden mit dem 1. April nach Sangerhausen verlegt. Der Grund für diese Maßnahme ist in den schlechten Verkehrsverhältnissen der Städte Wippa und Artern zu finden.

Schöden. Der im Jahre 1914 in russische Gefangenschaft geratene Albert Werner, dessen Bruder bei als Stellmaßeister lehrte, richtete nach mehrer 14 Jahren das erste Lebenszeichen an seinen Vater in Großschönendorf (Kreis Weiskirchen). Er schreibt, daß er nach seiner Gefangennahme nach Sibirien geschickt worden sei und dort in einem Dorschen Sina sich mit einer Russin eine Familie gegründet habe.

Schöden. Die Personalien der Frau stellulanten, die sich auf dem Bahnhof von einem Veranozung überfahren ließ. Es handelt sich um die unverteuertete und elternlose Wöhlerin Apothekerin Charlotte Opfermann aus Bitterfeld. Stellungslosigkeit soll die Ursache des Selbstmordes gewesen sein.

Salle a. d. S. Der Tod auf der Straße. In der Breiten Straße rutschte infolge der Glätte der 38jährige Würgerliche Knuch an dem Bürgersteig aus und lösch mit dem Kopf gegen ein Fensterrahmen. Dabei zog er sich eine schwere Verletzung oberhalb der linken Schulter zu, an deren Folgen er kurz darauf starb.

Seipzig. Der über heißer Ofen. In der Brandstraße gerieten in einer Wohnung die Kleider eines vierjährigen Mädchens, das dem überhitzten eisernen Ofen zu nahe gekommen war, in Brand. Das Kind zog sich schwere Brandwunden zu. Bei dem Verlach der Mutter, die Flammen zu erlösen, erlitt auch sie schwere Verbrennungen. Die beiden Verletzten wurden ins Krankenhaus gebracht. Der Zustand des Kindes ist bedenklich, während die Mutter in ihre Wohnung entlassen werden konnte.

Erfurt. Das „feurige“ Mädchen. Während einer Tanzbelustigung in einem am Fuße des Eisberges gelegenen Lokal wollte sich eine der Tänzerinnen dadurch erwidern, daß sie sich gegen den hart geheizten eisernen Ofen stellte. Plötzlich wurde sie durch einen heftigen Feuer. Beherzte Männer verhielten sich um ein Unglück, daß sie die „feurige“ in den weichen Schnee des angrenzenden Gartens leiten.

Gera. Ruwoim Theater. Im Reichshof Theater hält anlässlich der Feiern zum 100. Geburtstag des Reichshofes die Vorstellung Brandbrenner vor Schreber einen Vortrag über Unfallverhütung. Die Vorträge behandeln Unfälle im Theater und belehren das Publikum über Unfälle und Theaterbrände. Bei Schluß der Vorstellung werden stets sämtliche Notausgänge geöffnet, um das Publikum auf die Möglichkeit, das Theater im Falle der Gefahr zu verlassen, hinzuweisen.

Gera. Scharliches Wiedersehen. Aus der Weigen Elster zog man im Greizer Park die Weiche eines jungen Mannes, von dem noch nicht festgestellt, ob er durch Unfall, Selbstmord oder Verbrechen ins Wasser gekommen ist. Man hat ihn geborgen hatte, ging zurück zu seinem Vater in den Katen seinen eigenen Sohn. Es handelt sich um den 17 Jahre alten Kaufmannssohn Rudi Krippitz aus Wolgast.

Themar. Unfall eines Schülers. Der Berufsschüler Lotz wollte über den Treppchen zu der hochgelegenen Wohnung eines Kameraden ins Wasser gehen. Er rutschte dabei die Treppe hinunter und zog sich einen Schädels- und hoppelten Armbruch zu. Man brachte ihn in das Hildburghäuser Krankenhaus.

Seipzigstadt. Die linke Hand verloren. Der schon fünfzig Jahre in der hiesigen Papierfabrik beschäftigte Arbeiter Friedrich Schmidt aus Seipzig ist jetzt während der Nachtstunden mit seiner Hand in eine Maschine gefangen. Die geschmetterte Hand mußte im Krankenhaus sofort amputiert werden.



Aus Nah und Fern.

Köln. Selbstmord eines Direktors. Der 32 Jahre alte Direktor Schubarth der Kreisgewerkschaft...

Köln. Sechs Polizisten und ein Kuli. Ein heftiger Polizeimeister hatte in einem Nachbarort...

Nordgermerleben. Reicher Dorfamer. Der 22-jährige Arbeiter und Altersternenjüngler Schmidt...

Nabeberg. Ausgebrochen. Der 33-jährige Photograph und Arbeiter Julius Oscar Bürger...

Dresden. Die gefährliche Ede. In der Ede der Glas- und Baugewerkschaften...

Vindberach. Autounfall. Auf dem Einzelfahrgang zwischen Mönchenholzhausen und Vindberach...

Nabeberg. Nord. In der Möbelfabrik von Räderitz & Co. wurde bei Arbeitsbeginn...

Lugau. Keine Gäste. Hier machte sich wiederum ein Eingreifen der Polizei in einem kleinen Kaffee...

Cottbus. Großes Karpfenfest. Tausende von Karpfen, die in den Teichanlagen...

Schwern. Kindesleiche von Hund an gefressen. Die 34 Jahre alte Hausgehilfin...

Dortmund. Drei Arbeiter an Gasvergiftungen gestorben. Auf der Koker der Zeche Spania...

Offen. Heftige Explosion. In der Nacht lag in einer Arbeiterkantine im Süden Offens...

merkt, und die Parade selbst stand bald in Flammen. Menschen sind glücklicherweise nicht zu Schaden gekommen...

Stuttgart. Erdbeben am Bodensee. Am 18. Uhr, 21 Minuten, 16 Sekunden, wurde von den Instrumenten...

Das große Los gefall.

Geldnummer 147519.

Bei der preussischen Klassenlotterie ist jetzt das mit 10 Karer Spannung erwartete große Los gefallen.

Diesmal hat die Göttin Fortuna besonders gut gemeint. Sie hat „die Richtigen“ gefunden...

Brand des Limburger Schlosses.

Ganzes Museum vernichtet.

— Limburg a. d. Rhn, 1. März.

Das alte historische Limburger Schloss ist gestern nacht zum größten Teil durch Feuer zerstört worden.

Die Vorkarbeiten wurden noch dadurch erschwert, daß die Hydranten schon seit Wochen ausgefordert waren...

Weiter heiteres Frostwetter.

Eisfälle tut not. — Die unfreundliche Belagung.

Die Wetterlage hält sich immer noch stabil. Es herrscht fast überall noch Sonne gemildertes Frostwetter.

Die Rheinstraße oberhalb Weils ist jetzt nahezu eisfrei. Am Mittelrhein sind die Eisverhältnisse noch unverändert...

Die Wästel ist von der deutschen Grenze an eisfrei. Auf der Saar herrscht jetzt einigen Tagen Eisgang.

Der Antrag auf Zulassung von Schuppelsträßen der Polizeibehörde Bonn für eine etwaige Eis- und Schneefahrt...

Zwischen Vergelt und Koenigsberg im Kreise Calbe ist der Saaledeich an verschiedenen Stellen durch den Frost aufgerissen worden.

Jährlich 2 Milliarden durch Unfälle verloren.

Eröffnung der „Rumo“ in Berlin.

— Berlin, 24. Februar.

Die „Rumo“ wurde gestern in Berlin durch eine offizielle Sitzung in den Kammertischplatten eröffnet...

Dr. Spieder, der Vorsitzende des Verbandes der Deutschen (gewerblichen) Berufsgenossenschaften...

Reichsarbeitsminister Bijfel führte u. a. aus, daß ein Aufruf zum Kampf gegen die Unfallgefahren nicht über-

zeugender begründet werden könne als durch Zahlen: 24 000 Tote jährlich in Deutschland infolge von Unfällen...

Feuer sprach Präsident Dr. Hamel vom Reichsgesundheitsamt, Polizeipräsident Dr. Weiß, Rektor Bauer...

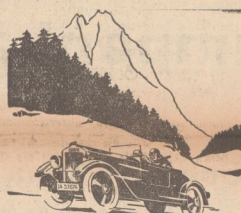
„Ueberlebe!“ Ein älterer Röhrlöcher in Garrison (Amerika) beging Selbstmord, weil er fürchtete, daß ein von ihm selbst festgelegter Preisvertrag...

„Teuer Spaß.“ Thomas Barra in Sevilla, der mit einer Richte Frimo de Alcala verheiratet ist...

„Rom Schickal ereilt.“ Konstantin Gombalow, einst Adjutant General Wangels, dann von der Roten Armee gefangen...

Erfolge des DKW-Autos bei den Sternfahrten Monte Carlo und Garmisch.

DKW hat als einzige deutscher Automobilbau bei den Sternfahrten Monte Carlo teilgenommen...



Anschließend fuhr Mader — wieder ohne jede Panne — den schwierigen und weiten Weg zur Zielfahrt nach Garmisch-Partenkirchen...

Gleichzeitig fuhr Simons-Berlin, ebenfalls auf serienmäßigem DKW von Hensburg nach Garmisch...

Das bei den in Garmisch veranfaßten Rennen überlebte auch die DKW-Motorräder...

Zweimal haben die DKW-Autos durch die jüngsten Erfolge bewiesen, daß sie der bereits sprichwörtlich bekannte Zuverlässigkeit und Schnelligkeit der DKW-Zweitakter alle Ehre machen.

Wetterlage.

Über England liegt der Kern eines neuen Hochdruckgebietes, das das nach Süden abwandernde russische Hochdruckgebiet in seinen Bereich gezogen hat.

Voransichtliches Wetter für die nächste Woche. Am Sonntag, 3. März: Meist heiter, mäßige Winde...

Kirchliche Nachrichten

Ceuli, Sonntag, den 3. März 1929.

10 Uhr vorm.: Hauptgottesdienst im Gemeindeaal. 12 Uhr Abendgottesdienst für die ältere Abteilung im Gemeindefaal.

Large advertisement for 'Buchhandlung Walter Scharf' featuring the text 'Gesangbücher' and 'In grosser Auswahl'.

**Bekanntmachung.
Polizeiverordnung.**

Auf Grund der §§ 5, 6 und 15 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (G. S. E. 265 ff.) sowie des § 143 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G. S. E. 195 ff.) in Verbindung mit Artikel 3 der Verordnung über Vermögensstrafen und Büßen vom 6. Februar 1924 (R. G. Bl. E. 44) wird mit Zustimmung des Magistrats für den Bezirk der Stadt Hebra nachstehender Nachtrag zu der Strafpolizeiverordnung für die Stadt Hebra vom 3. April 1925 erlassen: § 55 erhält folgende Fassung:

§ 55.
Für das Abfahrtsrennen gelten die Bestimmungen der Polizeiverordnung über den allgemeinen Verkehr auf öffentlichen Wegen (Straßenpolizeiverordnung) des Herrn Oberpräsidenten der Provinz Sachsen vom 5. März 1927 (Sonderbeilage zum Amtsblatt Stück Nr. 14/1927).

§ 92 erhält folgende Fassung:
§ 92.
Zwischenverhandlungen gegen die Vorschriften dieser Polizeiverordnung oder deren Nichtbeachtung werden, sofern nicht andere Gesetze und Verordnungen höhere Strafe androhen, gemäß § 366 Ziff. 10 St. G. B. oder mit Geldstrafe bis zu 150,— M. bzw. mit entsprechender Haft bestraft.

Wer es unterläßt, den ihm nach dieser Polizeiverordnung obliegenden Verpflichtungen nachzukommen, hat — abgesehen von Bestrafung — die Verpflichtung auf seine Kosten oder bei Anwendung sonstiger gesetzlicher Zwangsmittel zu gewärtigen.
Hebra, den 22. Januar 1929.

Die Polizei-Verwaltung
gez. Stattdamm.

Vorstehendem Nachtrage wird nach Beratung gemäß § 5 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 in Verbindung mit § 143 des Gesetzes über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 die Zustimmung erteilt.

Hebra, den 22. Januar 1929.

Der Magistrat. gez. Stattdamm, Pantel, Hohlbein.
Wird veröffentlicht.

Hebra, den 26. Februar 1929.

Die Polizei-Verwaltung.

Ratskeller
Am Sonntag, den 3. März, abends 8 Uhr:

Lumpenball
Eintritt 50 Pfg. Tanzen frei!
Um zahlreichen Besuch bittet Franz Koch.

Schützenhaus



Am Sonntag,
den 3. März,
von nachm. 2 Uhr an:

Grosser Preisskat

Es ladet freumblickt ein Der Schützenhauswirt.

**Voranzeige:
Reinsdorf**

Gasthof „Zum Deutschen Haus“
Zuh: Willy Hartmann.

Sonntag, den 10. März 1929, von nachmittags 3 Uhr ab:

Preisskaten

Stadt-Tiatspiele Preuß. Hof
Sonntag, den 3. März, abends 8 1/2 Uhr:
Ein Kriminalfilm in 7 Akten:
Vom Täter fehlt jede Spur
Ferner:
Der gefleckte Kater.
— Die Kunst der deutschen Joxer —
Schmelz. — Diener — Sabm — Noad usw.
Es ladet freumblickt ein **Borgwardt.**

Drucksachen
aller Art in moderner Ausführung
Buchdruckerei W. Sauer, Rossleben

Grundstücks-, Acker-, Wiesen- und Holzverkauf in Grosswangen
Wegen Aufstellung der Friedrich Ohm'schen Wirtschaft bin ich am
Dienstag, den 5. März, vormittag 10 Uhr,
im Stopp'schen Gasthaus in Grosswangen anwesend. Reklamationen auf Grundstücke wollen sich mit mir in Verbindung setzen. Der Verkauf erfolgt zu günstigen Zahlungsbedingungen. Uebergabe kann sofort erfolgen.
Der Beauftragte.
Ohne Reklame kein Geschäft!

GESCHAFTS BÜCHER

J. KÖNIG-EBHARDT
BÜCHER- u. BÜCHERFABRIK
MÄNNER
sowie Fabrikate jeder anderen
Geschäftsbücherfabrik liefert die
Buchh. Wih. Sauer, Rodleben.

Beyers Modenführer
für
Konfirmation
und **Kommunion**
— Preis 1 Mark —
Walter Scharf.

25 Jahre KOSMOS
25 Jahre Fortschritt
Sind Sie schon Mitglied?
Sie erhalten jährlich:
12 Monatshefte
4 Bücher
Preisvergünstigungen
Auskunft
Vierteljahresbeitrag
nur RM 2.—
KOSMOS, Gesellschaft der
Naturfreunde, STUTTGART
Anmeldungen nimmt jede
Buchhandlung an.

Achten Sie beim Kauf eines Motorrads auf alle diese Einzelheiten!

Grosser feuerverzinkter Tank für 300 km Aktionsradius
Elektrische Zündlichanlage gegen geringen Aufpreis
Blitzankerverschluss
Staubfilter am Spezialvergaser
Salbe mit 20 Spiralfedern
Stossdämpfer
Aberall Handknebel an Bremsen u. Kupplung zur bequemen Nachstellung
Breite Koffertügel
gleichzeitige Turbowentilator, Magnet und Zündlicht
Schwungrad
Augen für Soziusraster

DKW E 200 steuer-u. fährerscheinfrei **RM 695.—** (Kassapreis ab Werk)
DKW E 300 cm³ / 8 Brems-PS **RM 850.—** (Wochenraten ab RM 10.—)

Fahren Sie nur DKW!

Warum? Unzählige Gründe könnten wir Ihnen hierfür nennen. Wir wünschen aber, daß Sie sich selbst von den Vorzügen unserer DKW-Motorräder überzeugen. In unserer vorigen Anzeige sagten wir Ihnen bereits, daß Sie ein Motorrad auf Schönheit, Bequemlichkeit, gute Fahreigenschaften, moderne technische Ausrüstung wie auf Zuverlässigkeit u. Schnelligkeit prüfen müssen. Sie werden hierbei finden, daß kein Motorrad all diese Bedingungen so restlos erfüllt wie DKW!

Sie werden finden:

- DKW-Motorräder sind schön und elegant** in ihrer gedungenen, wuchtigen Gestalt.
- Beim DKW ist in allen Teilen an Bequemlichkeit gedacht**, wie schon aus obigen Bild ersichtlich. Bei schweren Typen überdies verstellbare Lenkstange und Steuerungsdämpfer, Sonderkettenschaltung, Gummikniepolster am Tank; bei Z 500 auch Steckkassette.
- DKW besitzt die absolut besten Fahreigenschaften**. Achten Sie bei der Probefahrt darauf, wie Sie durch die Ballonbereifung und durch die erstklassige Gabelfederung mit Stoß- und Steuerungsdämpfer nahezu stoßfrei fahren. Wie die Maschine dank des tiefen Schwerpunkt selbst auf nassem Straßen ohne Gefahr des Abgleitens und Schlingens sicher liegt.
- DKW ist auf der Höhe der Technik**, vor allem durch die Überlegenheit seines Motors, der dank seines Zweitaktsystems viel größere Elastizität, erhöhtes Anzugsmoment und unerreichte Bergsteigfähigkeit besitzt, sowie durch Wegfall der Ventile unbedingt zuverlässig ist. Beachten Sie auf obiger Abbildung aber auch alle anderen Einzelheiten.
- DKW ist zuverlässig**, vor allem, wie vorerwähnt, durch den Zweitakter sowie durch Verwendung nur erstklassigen Materials und durch die jede Störung ausschließende Gemischschmierung.
- DKW ist auch schnell**, vor allem am Berg. Ein DKW-Fahrer kennt nicht den Aergers, dauernd von anderen Fahrern abgehängt zu werden.

Dies nur einige Anhaltspunkte. Kommen Sie, wenn Sie rechtzeitig zum Frühjahr ein Motorrad erhalten wollen, schnellstens zum DKW-Vertreter und überzeugen Sie sich selbst. Sie werden dann finden, daß Sie tatsächlich nur kaufen können:

DKW
Willy Becker
Rossleben
Telefon 174

Zur Konfirmation
empfehle:
Konfirmanden-Kleider
entzückende Neuheiten in Popeline, Samt und Taffet von **Mk. 10.—** an
Prinzessröcke, Wasche, Strümpfe usw.

Konfirmanden-Anzüge
beste Verarbeitung in blau und farbig nach Mass von **Mk. 33.—** an
Oberhemden, von **Mk. 4,50** an
Div. Wasche, Strümpfe usw.

Ferner:
Berufskleidung jeder Art
„Rotkäppchen“-Strickwolle — sehr billig
Gewähre meiner werten Kundschaft auf alle Artikel bis zum Feste **5 Prozent Rabatt**

Alfred Flade

Neuburger Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Neuba

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Besuchspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postämtern 1.10 RM.

Schriftleitung: W. H. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Neuba: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22332

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 50 mm breite Millimeterzeile im Restamt 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Neuba — Bankverein Koblentz.

Nr 27

Sonnabend, den 2. März 1929

42. Jahrgang

Es geht um die Jahresabzählungen. Rätseln um Dr. Schaaf.

Paris, 28. Februar.
Trotzdem die Verhandlungen der Unterkommissionen der Young-Konferenz streng geheim vor sich gehen, kann jetzt doch kein Zweifel mehr darüber bestehen, daß man an die Frage der Höhe der Jahresabzählungen gekommen ist. Die ausländische Presse berichtet über verschiedene Vorschläge und Zugeständnisse, doch beruhen die Nachrichten, wie von französischer Seite amtlich mitgeteilt wird, auf Vermutungen.

Was die Frage des Transfers anbetrifft, so scheint hier ein neuer Vorschlag aufgetaucht zu sein. Ein amerikanisches Blatt hatte den Gedanken der Einziehung eines „Clearing House“ für den Weltverkehr, für die heutigen Zahlungen vorgebracht. Man glaubt, daß auch das Sachverständigenkomitee sich mit einem solchen Vorschlag beschäftigen wird. Die Berechnungsstelle soll die Trisobligationen in Verwaltung nehmen und sie den verschiedenen Gläubigerstaaten in einem nach zu bestimmenden Plan überweisen. Aber wie schon betont, legen die Alliierten das Schwerkentstück jetzt auf die Höhe der Jahresabzählungen und drängen Dr. Schaaf, Vorschläge zu machen. Ob solche Vorschläge tatsächlich erst folgt, ist nicht wahrscheinlich.

Änderung der Reichsverfassung.

Berlin, 1. März.
Der Reichstag nahm gestern nach längerer Debatte eine Entschließung des Ausschusses an, wonach er dringende Maßnahmen zum Schutze der Reichsregierung für erforderlich hält. Die in einem ursprünglichen kommunalistischen Antrage gestellten Forderungen sind durch die Beratungen so weit geändert worden, daß die entsprechenden Gesetzentwürfe vorbereitet werden.

Ein weiterer Antrag, wonach die Reichsregierung die Befugnisse der Reichsregierung zu erweitern, wurde ebenfalls angenommen.

Es folgte die erste Beratung des von der Deutschen Volkspartei eingebrachten Gesetzentwurfes zur Änderung der Reichsverfassung. Danach soll für einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung oder einen Minister eine Zweidrittelmehrheit des Reichstages notwendig sein. Nur in Verbindung mit der Schlussabstimmung über den Etat soll eine einstimmige Entscheidung gefaßt werden. Daneben soll bestimmt werden, daß der Reichstag Ausgaben über den Etat hinaus nur mit Zustimmung der Reichsregierung und des Reichsrats bewilligen kann. Wenn im Laufe eines Jahres die Steuererträge den Voranschlag um 10 Prozent übersteigen, soll der Reichstag zur Verminderung des Ausschusses und zur Steuererhöhung verwendet werden. Diese Grundzüge sollen sinngemäß auch bei den Ländern und Gemeinden Anwendung finden.

Abgeordneter Dr. Zapf (D. Wp.) begründete den Antrag und verwies auf die großen Ausgabensteigerungen der letzten Jahre und auf die immer langsamere Erhebung parlamentarischer Aktien. Der im Mai gewählte Reichstag sei bis zur Stunde nicht fähig gewesen, eine Regierung zu bilden, der Etat für das neue Jahr sei noch nicht vorgelegt. Der Redner betonte die Notwendigkeit einer Änderung des Wahlrechts. Der Redner erklärte zum Schluss, daß es seiner Partei mit ihren Anträgen durchaus ernst sei.

Ein Zumut.

Nach der Rede des Abgeordneten Zapf kam es zu einem tumultuariösen Zwischenfall. Der kommunistische Abgeordnete Zorger forderte erneut den Abbruch der Sitzung, da der Präsident für heute eine kurze Sitzung verprochen habe. Präsidium löste erwiderte, der Abgeordnete Zorger habe, wie immer, die Sache unrichtig dargestellt. Darauf erhob sich bei den Kommunisten großer Lärm. Es ertönten Rufe: „Sie werden immer unverschämter!“ Präsident löste die Sitzung ab. Die Abgeordneten Zorger und Schäfer, die an diesen Anträgen besonders beteiligt waren, auf den Saal zu verlassen. Laut schimpfend verließen schließlich die beiden Abgeordneten auf eine nachmalige Aufforderung des Präsidenten hin den Saal. Der Präsident stellte nun fest, daß der Abgeordnete Dr. Weid (D. Wp.) ihn belächelt habe, nach freies zu bitten, weil er verzeihen wolle, und daß deshalb die Sitzung noch bis 5 Uhr ausgedehnt werden solle.

Abgeordneter Dr. Weid (D. Wp.) erkannte die Reformbedürftigkeit des jetzigen Systems an, bezweifle aber, daß der Antrag der Deutschen Volkspartei geeignet sei, die Mängel zu beseitigen. Die Schuld an dem Regierungssystem liege bei den Fraktionen, die mehr Verantwortungsgesühl beweisen müßten. (Abgeordneter Dr. Zapf: Ihre Partei hat sich stets der Verantwortung entzogen!) Wir sind niemals ernstlich zum Eintritt in die Regierung aufgefordert worden, aber wir laßen der Regierung auch nicht nach wie die Deutsche Volkspartei.

Darauf wurde die Beratung abgebrochen. Das Haus vertagte sich auf Freitag 1 Uhr: Seduz der älteren Angeordneten, Fortsetzung der Aussprache.



für die Koalition pessimistisch. Die Deutsche Volkspartei betont, daß ihre Bereitschaft zur Großen Koalition auf der von ihr vorgezeichneten Grundlage nur bis zum Ablauf der Pariser Verhandlungen beschränkt sei und sie dann wieder freie Hand gewinne. Die Wp. wird auch dadurch nicht hoffnungsvoller, daß die Bayerische Volkspartei plant, ihre Beteiligung am Kabinett aufzugeben, wenn die von Hilferding geforderten Abstriche an den Länderanteilen durchgeführt werden. Es ist also nicht ausgeschlossen, daß Dr. Schaaf auch noch seinen Rücktritt erklären wird.

Keine Abschaffung des Eides.

Strafgesetzbuch als Warnungstafel.
Berlin, 28. Februar.
Im Strafrechtsauschuß des Reichstages wurde die Beratung über die Eidesbefreiung fortgesetzt. Der Vorsitzende Professor Dr. Kahle, erklärte, in der bisherigen Aussprache sei ein grundsätzlicher Punkt angeührt worden, nämlich das Strafgesetzbuch für das Volk als eine Parangstafel wirken müsse. Die Vorlage des Justizministers könne aber keinen großen Eindruck auf das Publikum machen. Der Redner stellte fest, daß es nichts gegen die Abschaffung des Eides im Strafprozeß einzubringen habe. Die Kommittee des Eides müßte ausgearbeitet werden. Es reiche aus, eine Bestimmung anzufügen, wonach wissenschaftliche Anmaßungen bestraft werden, wobei als Grundstrafe die Zuchthausstrafe festzusetzen müsse.

Rechtsjustizminister Koch-Weiler erklärte, daß er mit Rücksicht auf die schwerwiegenden Einwendungen der Landesregierungen, in deren Amt die Ausübung der Rechtspflege nun einmal liege, die Verantwortung für die vollständige Abschaffung des Eides nicht übernehmen könne.

Selbständiges Rentnergesetz undurchführbar.

Beschlüsse der Reichsregierung über das Rülzorgewesen.
Berlin, 27. Februar.

In der Sitzung, in der die Reichsregierung die vom Reichsjustizminister mitgeteilte Stellung zur Sozialversicherungsgesetzgebung beschlossen hatte, hatte sich das Reichskabinett auch mit den sozialpolitischen Beschlüssen beschäftigt, die der Reichstag am 19. Februar in der Kleinen Räumung für die Regierung gefaßt hatte. Die Reichsregierung hat einstimmig die Auffassung, daß die Sozialversicherungsgesetze, die ein selbständiges Rentnergesetz in Verbindung mit einem Gesetz über Inflationssteuern verlangt, undurchführbar sei.

Dagegen wird die Reichsregierung die vom sozialpolitischen Ausschuss einstimmig angenommene und vom Reichstag gebilligte Entschließung wegen Verzögerung der Rülzorgesetzgebung zu Gunsten der Kleinrentner durchzuführen. Dies entspricht auch der Regierungserklärung vom 3. Juli 1928.

Keine Erweiterung der Invalidenversicherung.

Aus dem sozialpolitischen Ausschuss.
Der sozialpolitische Ausschuss des Reichstages verabschiedete sich heute wiederum mit den Anträgen über die Erweiterung der Invalidenversicherung.

Reichsarbeitsminister Wiffel gab eine Erklärung ab, wonach die Regierung angeheißt der wirtschaftlichen Entwicklung und unjener Tributbelastung nicht einmal

teilweise Durchführung dieser Anträge für möglich halte und daher bitte, von der Weiterverfolgung dieser Anträge abzulassen zu nehmen. Der Reichsarbeitsminister teilte aber in Aussicht, daß zu der Frage, wie viel Versicherter bei einer Herabsetzung der Invaliditätsrate von 10 bis auf 5 v. H. Anspruch auf Rente erhalten würden, noch eingehende Erhebungen angeestellt werden sollen.

Rubefeld für 60jährige Arbeitslose Angestellte.

Beschluß des Sozialpolitischen Ausschusses.
Berlin, 1. März.

Der Sozialpolitische Ausschuss des Reichstages nahm am Donnerstag einen Initiativ-Gesetzentwurf an, wonach die Arbeitslosen Angestellten, die das 60. Lebensjahr vollendet haben und seit mindestens einem Jahr ununterbrochen arbeitslos sind, als berufsamtlich geltend und das Rubefeld der Angestelltenversicherung für die weitere Dauer der Arbeitslosigkeit erhalten sollen. Diese Regelung soll vom 1. März ab in Kraft treten und bis 1933 gelten.

Einstimmige Annahme fand weiter eine Verfassung der Wartezeit in der Angestelltenversicherung von 120 auf 60 Beitragsmonate. In einer Entschließung wird die Reichsregierung aufgefordert, nachdrücklich die vorliegenden Anträge einen weiteren Ausbau der Angestelltenversicherung vorzuziehen.

Holland fordert neue Aufklärung.

Die englische Regierung will nichts mit dem Geheimrat zu tun haben.
Berlin, 1. März.

Nach Meldungen aus Holland bedarf die britische Regierung, von Belgien und Frankreich neue Aufklärung über die Umstände der Generalstabskriege zu fordern. Die bisherigen Demisits haben der Regierung im Haag in keiner Weise genügt.

Im englischen Unterhaus gab Unterhaushaltsekretär G. A. G. G. eine Erklärung ab, daß das belgisch-französische Abkommen durch den Vortausausch im Jahre 1920 bekannt sei. Das Ziel des Abkommens sei die Stärkung des Friedens. Zwischen Großbritannien und Belgien bestünde, wie er auf das bestimmteste erklären könne, kein militärisches Abkommen, auch hätte kein englischer Militärattaché mit Belgien jemals ähnliche Verhandlungen geführt. Außer dem Locarno-Vertrag bestünde zwischen Großbritannien und Belgien kein Abkommen.

Diese entscheidende englische Erklärung wurde in Berliner Regierungskreisen zur Kenntnis genommen und als eine Erhärtung der Erklärung des englischen Außenministers betrachtet. Die Reichsregierung tut jedoch alles, um auf diplomatischem Wege die Sachlage zu klären. Der Hauptstiel des Juppelins.

Der Unterhaushaltsekretär betonte insofern lediglich, daß England zu verstehen gegeben habe, es werde die Entscheidung nicht erteilen. Irrendweise Gründe für diese inderbare Haltung wurden nicht angeführt.

Hoefsch bei Briand.

Erklärungen über den französisch-belgischen Militärvertrag.
Paris, 28. Februar.

Von amtlicher deutscher Stelle in Paris wird mitgeteilt: Der belgische Botschafter Hoefsch hatte heute nach einer längeren, durch die Krankheit des französischen Außenministers bedingten Pause wieder eine Unterredung mit Briand über die schwebenden politischen Fragen. Bei dieser Unterhaltung wurden insbesondere die auf der kommenden Generalkonferenz zur Erörterung stehenden Probleme behandelt. Im Verlauf der Besprechung nahm Außenminister Briand Gelegenheit, Erklärungen über den Inhalt einer in der holländischen Zeitung veröffentlichten Text eines französisch-belgischen Geheimabkommens abzugeben.

Tobacher und Landarbeiter.

Ministerialdirektor Spierer soll gehen werden.
Die weiteren Verrichtungen im Stettiner Prozeß brachten vor allem interessante neue Auslagen über die Zustände auf den Gütern während des Arbeiterstreiks im Juli 1920.

Nach den Ausführungen des Oberstaatsanwalts Schöck drohten die Landarbeiter damals in den Streit zu treten, falls die Tobacher nicht von den Gütern entlassen würden. Ein von Stettin entsandenes Polizeikommando begann dann die Tobacher zu entmannen. Deshalb seien auch die Volkswutungen der Tobacher erfolgt. Im weiteren Verlauf der Verhandlung stellte Rechtsanwalt Bloch den Antrag, den Breslauer Polizeipräsidenten Ernst und Mini-